Tages-Anzeiger · Montag, 10. Oktober 1994

AHV: Geklärte Fronten

Die Sozialdemokraten verzichten auf ein Referendum

Die SPS trägt das Referendum gegen die 10. AHV-Revision nicht mit. Der Parteivorstand hat diesen Beschluss am Samstag überraschend mit 33 gegen 26 Stimmen gefällt und damit die Geschäftsleitung desavouiert. Das höhere Rentenalter der Frauen soll mit einem neuen Volksbegehren bekämpft werden. Die Grünen haben eine Doppelinitiative angekündigt; der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund (CNG) hält am Referendumsentscheid fest.

■ VON VERENA THALMANN

Die Mehrheit der in Bern versammelten SP-Delegierten wollte mit dem beschlossenen Vorgehen sicherstellen, dass die Errungenschaften, welche die Vorlage bringt (Splitting, Betreuungsgutschriften) mit einem Referendum nicht fahrlässig aufs Spiel gesetzt werden. Wie die geplante Initiative aussehen wird, steht noch nicht fest.

Gespannt wartet man nun auf die Reaktion des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der das Referendum bereits angekündigt hat. Heute Montag tritt er in Bern zu seiner Delegiertenversammlung zusammen. Christiane Brunner, die in der Geschäftsleitung mit ihrem Antrag auf Initiative statt Referendum unterlegen war, wird sich vermutlich nochmals für eine solche Lösung einsetzen.

Der Vorstand der Grünen Partei der Schweiz will eine Doppelinitiative lancieren: einerseits für ein flexibles Rentenalter 62 für Frau und Mann, anderseits für die Einführung einer Energiesteuer, um die Sozialversicherungen zu finanzieren. Den formellen Entscheid werden die Delegierten am 5. November in Chur fällen. Ein Referendum gegen die 10. AHV-Revision lehnen die Grünen ab.

Dagegen hat der CNG seinen Referendumsbeschluss bekräftigt. Er erwägt zudem eine Initiative, um Splitting und Erziehungsgutschriften abzusichern, aber nicht im Alleingang.

Bericht und Kommentar Seite 7

KOMMENTAR

Kühlen Kopf bewahrt

■ VON VERENA THALMANN

Die bürgerlichen Bundesratsparteien riefen die SPS am letzten Donnerstag öffentlich dazu auf, das geplante Referendum gegen die 10. AHV-Revision fallenzulassen. Und die oft als untreue Partnerin verschriene Partei folgte ihnen. Wohl zur grössten Überraschung der bürgerlichen Politstrategen selbst: Sie hatten vermutlich das Gegenteil bezweckt. Eine SPS, die gegen sozialpolitische Errungenschaften antritt – auch wenn es ihr dabei lediglich um die Verhinderung des höheren Frauenrentenalters geht –, wäre für die Bürgerlichen ein willkommenes Wahlgeschenk gewesen.

Dennoch war auch SP-intern erwartet worden, dass sich die vorgespurte Linie mit dem Referendum durchsetzen würde. Doch es kam anders: In der sachlich und sachkundig geführten Diskussion obsiegte die Einsicht, dass es zu riskant wäre, mit der Ablehnung der 10. AHV-Revision die erkämpften Verbesserungen für die Frauen aufs Spiel zu setzen. Die Delegierten wählten mit guten Gründen den pragmatischeren Weg der Initiative, um eine bessere Regelung des Rentenalters zu erreichen. Es war ein «Entscheid des kühlen Kopfes», wie der Basler Ständerat Gian-Reto Plattner bemerkte.

Mit diesem Ergebnis hat die im Bundeshaus versammelte Runde gleichzeitig der Parteispitze um Peter Bodenmann einen Denkzettel verpasst. Deren verfrühtes Einspuren auf das Referendum der Gewerkschaften verärgerte viele Mitglieder und war mit ein Grund dafür, dass sich die Partei in dieser Frage entzweite.

Der SP-Präsident glaubte mit seinem Vorprellen eine Spaltung der Linken verhindern zu können. Das ist ihm nicht gelungen. Jetzt liegt es am Schweizerischen Gewerkschaftsbund, die Einheit wiederherzustellen. Seine Delegierten haben es in der Hand, heute Montag dem Entscheid der Partei zu folgen. Ihr Referendumsbeschluss glich ohnehin stark einer Strafaktion gegen die sich allzu unabhängig gebärdende künftige Kopräsidentin Christiane Brunner.

Sachfremde Überlegungen hatten bisher die Diskussionen um das Schicksal der AHV allzusehr geprägt. So ist denn auch weiterhin mit dem Referendum zu rechnen. Der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund nutzt es zur eigenen Profilierung, und auch die Partei der Arbeit wird sich von ihrem Beschluss nicht abbringen lassen. Wenn aber SPS und SGB nicht mitmachen, werden es die Gegner einer Besserstellung der Frauen in der AHV bedeutend schwerer haben, sich hinter der Opposition gegen ein höheres Rentenalter zu verstecken.

Für die Partei ist nun aber weitere Arbeit angesagt. Nach dem Verzicht auf das Referendum muss sie möglichst bald einen guten Initiativtext vorlegen, um dem Volk im Juni eine klare Alternative aufzeigen zu können. Schön wäre zudem, wenn sich die in dieser Sache aktiven Parteien und Verbände auf ein gemeinsames Vorgehen einigen könnten.

Am Errungenen festhalten

Die SP-Geschäftsleitung wurde von ihrem Vorstand in die Minderheit versetzt

Kaum jemand hätte darauf gewettet, dass die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) doch noch auf das Referendum gegen die 10. AHV-Revision verzichten würde. Der Antrag der Geschäftsleitung war fast einhellig ausgefallen. Dann brachte die Aussprache im Parteivorstand vom Samstag die Wende: Eine Mehrheit der Delegierten schätzte das Vorgehen als zu gefährlich ein. Das höhere Rentenalter der Frauen soll statt dessen mit einer Initiative bekämpft werden.

■ VON VERENA THALMANN, BERN

Mag sein, dass der ehrwürdige Rahmen mitgeholfen hat. Jedenfalls war an diesem Samstagmorgen im grossen Sitzungszimmer des Bundeshauses von einer Zerreissprobe in der Partei kaum etwas zu spüren. Im Beisein von Bundesrätin Ruth Dreifuss setzten sich die Delegierten engagiert, sachkundig und fair mit der Materie auseinander. Das war angesichts der vertrackten Ausgangslage nicht selbstverständlich. Die Parteispitze hatte sich nämlich über das vereinbarte Verfahren hinweggesetzt: Vor zwei Wochen liessen sich Präsident Peter Bodenmann und seine Leute vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund in Zugzwang bringen und nahmen den Entscheid für das Referendum praktisch vorweg.

Schon bald stellte eine Reihe von prominenten SP-Mitgliedern diesen Entscheid öffentlich in Frage. Bei der Schlussabstimmung im Nationalrat vom letzten Freitag stimmte ein Drittel der Fraktion der 10. AHV-Revision zu. Damit wurde offensichtlich, dass die Partei in dieser Frage gespalten ist. Zwar bezweifelte niemand, dass das höhere Rentenalter der Frauen bekämpft werden soll, doch war die Wahl der Mittel umstritten: Referendum oder Initiative?

Die Doppelstrategie

Die Geschäftsleitung hatte in den letzten Tagen fieberhaft nach einer Lösung gesucht, die möglichst alle Gruppierungen zufriedenstellen kann. Mit zwölf zu einer Stimme verabschiedete sie am Freitag eine Doppelstrategie: einerseits das Referendum gegen die 10. AHV-Revision und anderseits eine Initiative, die verlangt, dass dieses Gesetz ohne das höhere Rentenalter in Kraft gesetzt wird, unabhängig vom Ausgang der Referendumsabstimmung.

Dieses Sicherheitsnetz sollte von den andern Gruppierungen im bereits gebildeten Referendumskomitee mitgetragen werden. SPS-Präsident Bodenmann wies darauf hin, dass das Referendum nicht mehr zu umgehen sei. Ein Abseitsstehen der Partei wäre «ein Bruch mit unseren traditionellen Partnern».

Zwei Strömungen

Die Aufnahme dieser Doppelstrategie war geteilt: Von einigen wurde sie als zweckmässig gelobt, von andern jedoch als zu kompliziert und zu wenig erfolgversprechend abgelehnt. Es zeigten sich zwei Hauptströmungen, wobei sich die Voten für oder gegen das Referendum in etwa die Waage hielten.

● Mit dem Antrag der Geschäftsleitung einverstanden waren jene, für die das Rentenalter absolut im Vordergrund steht. Sie wollten auf alle Fälle die 10. AHV-Revision zu Fall bringen und anschliessend versuchen, die wichtigen Errungenschaften (Splitting, Betreuungsgutschriften) wieder zurückzuerlangen. In dieser Gruppe befand sich die Gewerkschafterin Christiane Brunner. Das Referendum sei «die einzige politische Antwort auf die Arroganz der Bürgerlichen», die das höhere Rentenalter in die Vorlage eingefügt hätten, sagte sie. Ein anderes Vorgehen wäre dem Volk schwer verständlich zu machen. Dem schloss sich Margrith von Felten als Präsidentin der SP-Frauen an. Sie befürchtet auch, dass sich das höhere Rentenalter nicht mehr beseitigen lässt, wenn die Vorlage einmal akzeptiert ist.

● Die zweite Gruppe hielt das Vorgehen für zu gefährlich: Sie plädierte dafür, der 10. AHV-Revision zuzustimmen und das Rentenalter hernach mit einer Initiative neu zur Diskussion zu stellen. Für diese Lösung setzte sich Nationalratspräsidentin Gret Haller ein. Ihrer Meinung nach wäre es viel schwieriger, das Splitting neu zu erkämpfen. Das Rentenalter dagegen komme im Rahmen der 11. AHV-Revision ohnehin wieder auf den Tisch. Bis dahin seien für die Frauen noch die günstigeren Übergangsregeln in Kraft. Auch Fraktionspräsidentin Ursula Mauch rief dazu auf, «nicht gegen die AHV und unsere Sozialministerin» zu stimmen.

Das bürgerliche Communiqué

Unterschiedlich aufgenommen wurde das Communiqué der Bundesratsparteien FDP, CVP und SVP vom Donnerstag, in dem sie an die SPS appellierten, im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung auf das Referendum zu verzichten. Parteisekretär André Daguet erklärte, diesem Druck dürfe sich die Partei nicht beugen. Ein Delegierter dagegen meinte, man könne davon ausgehen, dass die Bürgerlichen genau diesen Reflex auslösen wollten. Er warnte mit andern davor, in diese Falle zu tappen.

In der Abstimmung unterlag die Geschäftsleitung mit ihrem Antrag: 26 Delegierte stimmten für ihre Doppelstrategie mit Referendum und Initiative, 33 lehnten das Referendum ab und befürworteten eine Initiative zum Rentenalter. Die Geschäftsleitung wurde beauftragt, dem nächsten Parteivorstand einen Vorschlag zu unterbreiten. Zur Diskussion steht unter anderem eine Ruhestandsrente. Der hängigen Initiative von SPS und Gewerkschaften, die dieses Postulat ebenfalls enthält, wird aus Kostengründen kaum eine Chance eingeräumt.

Skeptische SP-Delegierte an der AHV-Debatte im Bundeshaus.